

Äthiopien

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitsektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	7
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	12
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	14
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

Teil II: Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	17
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	18
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	28
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	28
Unerlaubte Wiederausfuhr	31
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	32

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant für Äthiopien, Russland ist es bis heute. Darüber hinaus hat Äthiopien die militärische Kooperation mit China intensiviert. Die deutschen Rüstungsexporte nach Äthiopien sind hingegen marginal. Lieferungen umfassen vorrangig Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung sowie Geländewagen mit Sonderschutz für Botschaftspersonal.

Zwar verfügt Äthiopien über eine lokale Rüstungsindustrie, die unter anderem Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt und sogar über eine Produktionslinie für Panzer verfügt. Dennoch importiert Äthiopien den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Seit einigen Jahren wird das Ziel verfolgt, diese Importabhängigkeit zu verringern.

Die Streitkräfte Äthiopiens gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden.

Klassische Aufgaben des Militärs sind der Schutz der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in seiner Verantwortlichkeit. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch, 1974 kam es zum Putsch und der *Derg* (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die Strukturen waren durch die engen Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion stark sozialistisch geprägt. Politik und Gesellschaft militarisierten sich zunehmend und die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Nach dem Sturz des *Derg*-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. Das Verteidigungsministerium, einige Teilstreitkräfte und Sondertruppen unterstanden lange Zeit Offizier:innen, die bis 1994 der Tigrayan People's Liberation Front (TPLF) angehörten, sowie Offizier:innen des Amhara National Democratic Movement (ANDM) – beides Parteien, die die EPRDF dominierten. Dies ist heute jedoch nicht mehr der Fall.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen, dennoch besteht grundsätzlich ein nationaler Stolz bzgl. des Militärs. Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den gesamten Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten (seit 2018: „Friedensministerium“), das bedeutenden Einfluss auf diese ausübt. In allen 13 Regionen sowie regionsunabhängigen Städten des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (beispielsweise der Bundespolizei/dem Militär) aber nicht immer koordiniert oder abgestimmt ist.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten oder hat sie lediglich unterschrieben, nicht aber ratifiziert. Dem Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963), dem Übereinkommen über Streumunition (2010), dem 2014 international verabschiedeten Waffenhandelsabkommen (ATT) und dem Atomwaffenverbotsvertrag ist das Land bisher nicht beigetreten.

Die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte, faktisch sind diese jedoch stark eingeschränkt. Auffallend sind insbesondere die Unterdrückung der Meinungs- sowie die Einschränkung der Pressefreiheit. Im Jahr 2013 war Äthiopien nach Eritrea das Land mit der höchsten Anzahl an inhaftierten Journalist:innen auf dem afrikanischen Kontinent. Seit 2018 wurden diese jedoch freigelassen und können unter der neuen Regierung frei und ungestört arbeiten.

Zu den großen internen Konflikten gehören die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung im Jahr 2011 als terroristische Organisationen eingestuft wurden. Unter Premierminister Abiy Ahmed setzte ein Versöhnungsprozess ein und u. a. die OLF und die ONLF wurden wieder von der Liste terroristischer Organisationen genommen. Die OLF wurde mittlerweile formell aufgelöst und in eine politische Partei umgewandelt – einigen Mitgliedern wurde eine Generalamnestie gewährt. Splittergruppen agieren jedoch nach wie vor, vor allem im Süd-Westen des Landes. Zudem fürchtet Äthiopien aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamist:innen in Somalia ein Übergreifen des Terrors auf das eigene Land. Dabei ging die Angst des Staates vor Terrorismus zeitweise mit einer Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produzierte. Mittlerweile hat sich diese Befürchtung jedoch normalisiert; derzeit besteht fast die Hälfte des Kabinetts aus muslimischen Personen.

Zudem bestand seit 2020 ein Bürgerkrieg mit der Regionalregierung von Tigray bzw. ihrer Milizen sowie weiteren Beteiligten. Dieser Konflikt entwickelte sich im Zuge des von Premierminister Abiy Ahmed angestoßenen politischen Reformprozess und der Auflösung der ehemaligen Einheitspartei EPRDF. Drei der vier im Bündnis beteiligten Parteien mit Ausnahme der TPLF folgten Premier Abiy Ahmed in die neu gegründete Wohlstandspartei, was erstere, nach Jahren der politischen Dominanz ins politische Abseits stellte. Die TPLF hielt daher eigenmächtig lokale Wahlen in der Region ab, die die TPLF haushoch gewann. Diese wurde von der Zentralregierung jedoch für illegal erklärt. Als es Anfang November zu Angriffen auf Armeeposten der äthiopischen Streitkräfte kam, wurde die Region unter einen sechsmonatigen Ausnahmezustand gestellt, die Regionalregierung von Tigray für aufgelöst erklärt und weitere Truppen in die Region entsandt. Über das Jahr 2020 entwickelten sich heftige Gefechte zwischen den regionalen Streitkräften und Polizeikräften Tigrays und den nationalen Streitkräften Äthiopiens. Letztere erhielten Unterstützung von den Streitkräften des benachbarten Eritrea. Über das Jahr 2020 befand sich die Region Tigray quasi im Belagerungszustand, was gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage in der Region hatte. Am 28. Juni 2021 gelang es den TPLF-Kämpfer:innen die im vormals durch das äthiopische Militär kontrollierte regionale Hauptstadt Mek'ele zurückzuerobern und eine Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba zu starten. An dieser Offensive beteiligte sich auch die Oromo Liberation Army (OLA). Insgesamt kamen im Zuge des Konfliktes allein im Jahr 2021 ca. 100.000 Menschen ums Leben – allein durch direkte Kampfhandlungen. Insgesamt gehen Schätzungen von 300.000 – 600.000 Toten aus.

Im November 2022 wurde ein Waffenstillstand sowie kurz danach ein Friedensabkommen zwischen den Konfliktparteien verkündet, dessen langfristige Einhaltung sich aber noch zeigen müssen wird.

Weitere Konfliktpotentiale stellen die häufigen Dürren, das Missmanagement vorhandener Ressourcen sowie die ethnischen Spannungen in Benishangul-Gumuz zwischen Benshi und Amhara dar. Im April 2023 ist zudem ein Konflikt in der Anhara Region Äthiopiens ausgebrochen, der zur Ausrufung des Notstandes durch die Regierung geführt hat. Die Region gilt als höchst instabil; die bestehende Unsicherheit stellt eine Gefahr für die Regierung und die allgemeine Stabilität Äthiopiens dar. Im August 2023 erreichte die Gewalt in der Region einen vorläufigen Höhepunkt, als alleine innerhalb einer Woche 30 Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Milizen registriert wurden.

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia sowie die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen, wobei sich die Beziehung beider letztgenannten Länder in den letzten Jahren entscheidend verbessert hat. Äthiopien gilt aufgrund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA, der EU und des Vereinigten Königreichs sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus.

Ein Konflikt besteht zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses, auch im Rahmen der sogenannten Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre.

In Äthiopien selbst befinden sich derzeit keine alliierten Militäreinheiten, allerdings in mehreren Nachbarländern und der weiteren Region – etwa im Rahmen von UN- oder EU-Missionen.

Äthiopien ist u. a. dem aktuellsten Anti-Terrorismus-Abkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Nichtsdestotrotz ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem.

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.130 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy), könnte aber schon in sehr naher Zukunft zu einer „lower-middle income economy“ aufsteigen. Äthiopien zählt dennoch zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries). Auf dem Global Competitiveness Index erreichte Äthiopien 2019 44,4 von 100 möglichen Punkten. Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 126 von 141). Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Die Gefahr, dass in Äthiopien unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gegeben.

Teil I: Informationen zu Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Jagd- und Sportwaffen: 90,2%	0,003
2001	Revolver und Pistolen	0,003
2002	Revolver und Pistolen	0,002
2004	Munition für Revolver und Pistolen	0,003
2006	Kommunikationsausrüstung	0,2
2007	---	---
2009	Splitterschutzschürzen: 100%	0,08
2011	Schutzbekleidung für das Räumen von Minen [Minenräumaktion]: 100%	0,42
2012	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 98,8%	0,17
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,2
2014	---	---
2015	LKW, Feldküchenanhänger und Teile für LKW: 98%	0,074
2016	---	---
2017	---	---
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]:	0,21
2019	Geländefahrzeuge mit Sonderschutz: 68,5% Störsender: 31,5%	0,73
2020	LKW: 96,8%	0,047
2021	---	---
2022	---	---
2023	Geländefahrzeug mit ballistischem Schutz [EU-Delegation] und Teile für ballistischen Fahrzeugschutz [EU-Delegation]: 100,0 %	0,169

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999–2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

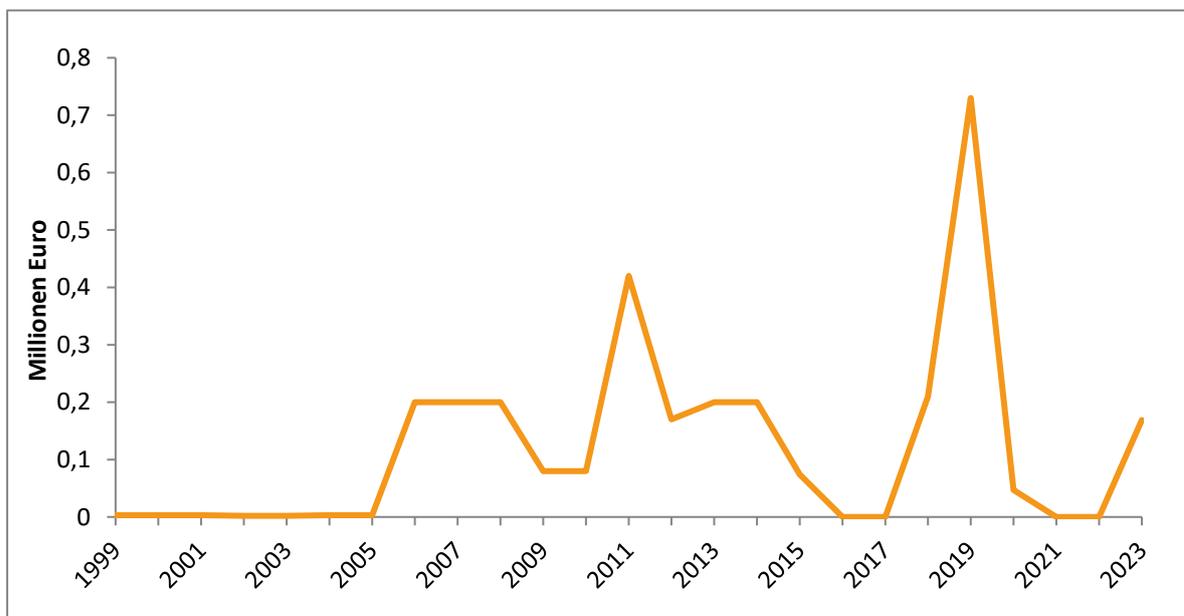
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Äthiopien 2000-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
6	G-120 TP	Übungsflugzeuge	2019	2019	6	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Deutschland ist kein bedeutender Rüstungsexporteur nach Äthiopien. In den 1970er Jahren lieferte die Bundesrepublik einige Rüstungsgüter dorthin, beispielsweise eine Cessna-337 (1971) und zwei Do-28D Leichttransportflugzeuge (1975). Die DDR exportierte einige Jahre später vermutlich 60 T-54 (1979/80) sowie 50 T-55 Panzer (1989). Seit Ende der 1990er konzentrieren sich deutsche Rüstungsexporte nach Äthiopien vorrangig auf Revolver und Pistolen, Kommunikationsausrüstung und Schutzbekleidung. In den Jahren 2012, 2013 und zuletzt 2018 erhielt die deutsche Botschaft dort Geländewagen mit Sonderschutz. 2019 lieferte die Bundesregierung sechs Trainingsflugzeuge vom Typ G-120 TP zur militärischen Aus- und Weiterbildung von Pilot:innen an Äthiopien. 2023 wurden für eine oder mehrere EU-Delegationen gepanzerte Geländefahrzeuge geliefert.

Im Jahr 2022 wurden Exporte in Höhe von 3,1 Millionen Euro mit Verweis auf Kriterium 2 (Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts) verweigert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Absolute Höhe der Großwaffensysteme nach Äthiopien 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	74	25	16	37		151

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

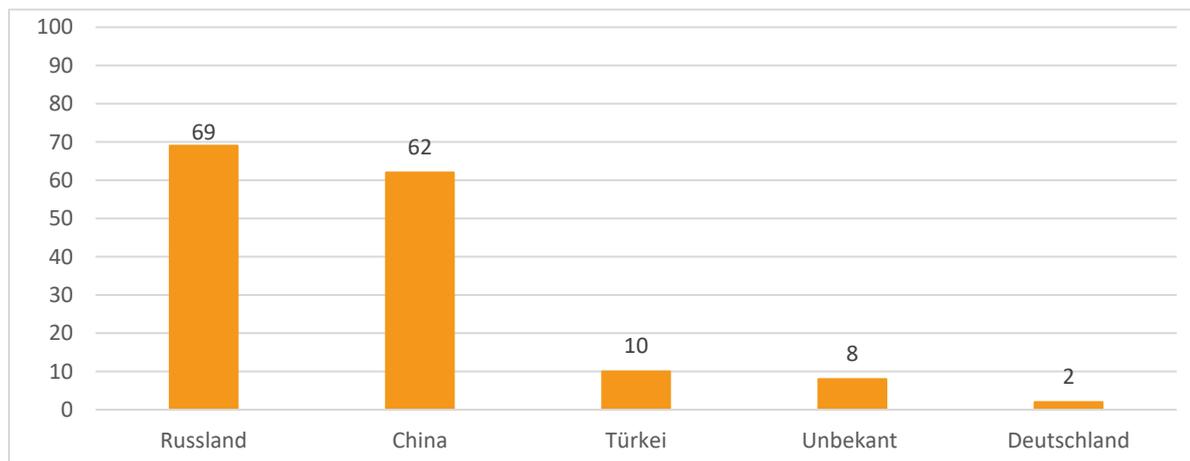
Deutsche Großwaffensysteme nach Äthiopien 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	2	-	-	-	-	2

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023 Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2024) nahm Äthiopien im Zeitraum zwischen 2019 und 2023 die 73. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Bis zum Ende des Kalten Krieges war die Sowjetunion der mit Abstand bedeutendste Rüstungslieferant. Aus dieser

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers>

Zeit stammen u. a. MiG-17/21/23 Kampfflugzeuge, Mi-24/Mi-6T/8T (Kampf-) Hubschrauber sowie hunderte Panzer vom Typ T-34/85, T-54, T-55 sowie T-62. An dieser Rolle hat sich bisweilen wenig geändert: Dem UN-Waffenregister zufolge lieferte Russland zwischen 1998 und 2004 21 Su-27, 2003/2004 vermutlich weitere acht Jagdflugzeuge dieses Typs und zehn Mi-24 Kampfhubschrauber sowie 2010 weitere acht Mi-8/Mi-17 (Kampf-) Hubschrauber. Zwischen 2018 und 2019 exportierte Russland außerdem vier mobile Luftabwehrsysteme (96Kg Pantsyr-S1) sowie 100 entsprechende Boden-Luft-Raketen nach Äthiopien, welche zur Sicherung der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre (GERD) eingesetzt werden. 2022 bestellte Äthiopien 2 gebrauchte Jagdbomber des Typen SU-30K, die bis 2024 geliefert werden sollen. Äthiopien sucht zudem verstärkt die militärische Kooperation mit der VR China, die seit 2009 ebenfalls zu einem wichtigen Lieferanten wurde. 2012/2013 soll Äthiopien verschiedene Rüstungsgüter aus China erhalten haben, darunter u. a. zehn Schützenpanzer WZ-523 (Typ 05), zehn Truppentransporter YW 531 (Typ 85) sowie 75 BVR-Luft-Luft-Raketen. Zwischen 2018 und 2020 wurden zudem acht Mehrfachabschuss-Raketensysteme (vier selbstfahrende PHL-03 und vier A-200) und zehn Boden-Boden-Raketen des Typs BP-12A aus China geliefert. 2022 lieferte China 32 Selbstfahrlafetten vom Typ SH-15 155mm nach Äthiopien.

Wichtiger Lieferant ist auch die Türkei, die 2021 vier bewaffnete Bayraktar TB-2 Drohnen nach Äthiopien exportierte, sowie die USA, die 2018 ein ausgemustertes C-130E Hercules Transportflugzeug Äthiopien stifteten. Deutschland hat 2019 sechs Übungsflugzeuge vom Typ G-120TP exportiert.

Militärausgaben

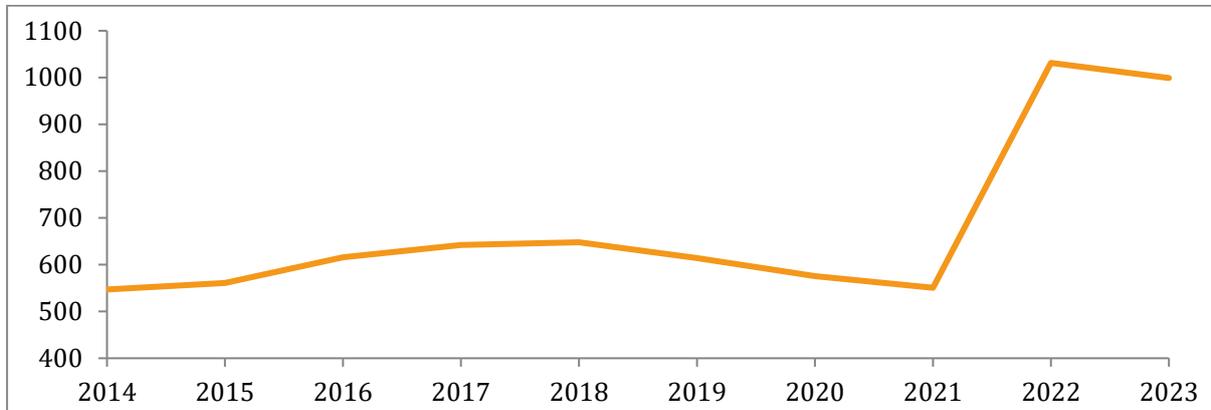
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

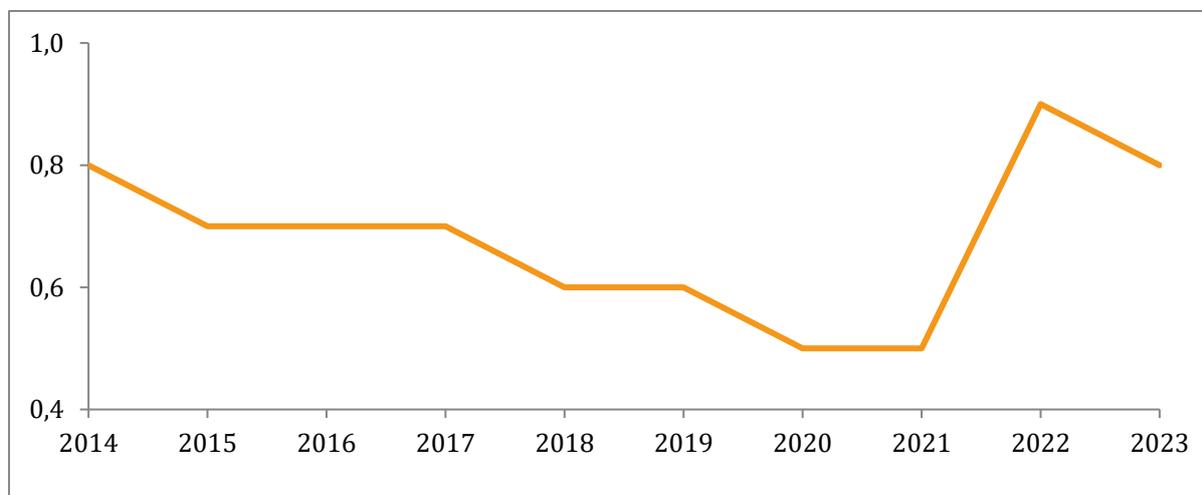
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	614	576	551	1031	999
Anteil am BIP (in Prozent)	0,6	0,5	0,5	0,9	0,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	3,8	3,6	3,6	6,9	7,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2022.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Äthiopien importiert den Großteil seines Bedarfs an Rüstungsgütern aus dem Ausland. Trotzdem verfügt das Land schon seit dem frühen 20. Jahrhundert auch über eine lokale Rüstungsindustrie, die Munition für Mörsergranaten, Panzerfäuste sowie verschiedene Kleinwaffen herstellt. Seit einigen Jahren werden zudem leichte gepanzerte Fahrzeuge in Lizenz produziert. Insbesondere während der Militärjunta des Derg Regimes (1974 bis ca. 1990) wurde die Rüstungsindustrie massiv durch die Sowjetunion und teilweise auch durch Nordkorea unterstützt. Nach dem Fall des Derg-Regimes 1987 wurden die äthiopischen Streitkräfte als

Äthiopische Nationalverteidigungskräfte (Ethiopian National Defence Force, ENDF) neu gegründet. Sie traten das Erbe einer großen, aber äußerst ineffizienten Rüstungsindustrie an, die um die Jahrtausendwende aus acht Militärfabriken bestand, die Waffen und Fahrzeuge generalüberholen, Flugzeuge reparieren, Uniformen und andere Ausstattung herstellen sowie unbemannte Fahrzeuge bauen konnte. Im Jahr 2009 erklärte der damalige Premierminister Meles Zenawi, die Waffenproduktion im eigenen Land fördern zu wollen, um unabhängiger von Rüstungsimporten zu werden und auf diese Weise die Verteidigungsausgaben zu senken. Zuvor dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt, wurde der Sektor 2010 durch die Verordnung Nr. 183/2002 des äthiopischen Ministerrates als „Metals and Engineering Corporation“ (MetEC) in ein öffentliches Industrieunternehmen in Regierungsbesitz umgewandelt. MetEC umfasst mittlerweile circa 98 Unternehmen, von denen zwei Militärausrüstung produzieren. Dutzende weitere der Unternehmen produzieren für den zivilen Markt. Es hat zum Ziel, industrielle Entwicklung zu erreichen. Obwohl eines der Ziele dieser Umstrukturierung die Realisierung des Growth and Transformation Plans (GTP) war, liegt die faktische Kontrolle weiterhin überwiegend beim Verteidigungsministerium. Die inländische Produktion von unbemannten Fahrzeugen, der Bereich militärischer Telemedizin sowie die Entwicklung von Informationssicherheit haben sich als besonders fortschrittlich erwiesen. Im Februar 2013 wurde bekannt, dass Äthiopien erstmals eine Drohne produzierte, überwiegend für Überwachungszwecke.

MetEC ist zudem in der Lage, eine Vielzahl von Waffensystemen wie Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfflugzeuge oder Hubschrauber zu modernisieren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Rüstungsindustrie in die gesamtstaatliche wirtschaftliche Entwicklung zu integrieren. Das zur MetEC gehörende Unternehmen Hibret Machine Tools produziert beispielsweise neben einzelnen Waffen auch Werkzeuge, Krankenhausbetten und Büromöbel. Berichte gehen davon aus, dass durch den Zusammenschluss der Unternehmen nicht nur wirtschaftliches Entwicklungspotenzial, sondern auch 20.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Zukunft soll nicht nur der heimische, sondern auch der gesamtafrikanische Markt versorgt werden. 2018 wurden jedoch zahlreiche Beschäftigte von MetEC wegen des Vorwurfs der Korruption verhaftet. Ferner wurden MetEC einige Aufträge entzogen, was mindestens zu einem Verlust von 3.000 Arbeitsplätzen bei MetEC geführt hat.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

503.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 500.000

Luftwaffe: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	138	138	138	138	138	138	138	503
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,1	4,1

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Das äthiopische Militär besteht aus Heer und Luftwaffe. Über eine Marine verfügt Äthiopien seit der Staatsgründung Eritreas 1996 nicht mehr, da damals alle Schiffe verkauft wurden. Die Streitkräfte des Landes gehören zu den stärksten und effektivsten auf dem afrikanischen Kontinent. Die 1987 neu gegründeten Äthiopischen Nationalverteidigungskräfte durchliefen seither zwei umfangreiche DDR-Programme (1992-1995 und 2001-2003), die die Entwaffnung, Demobilisation und Reintegration zahlreicher früherer Kämpfer:innen zur Folge hatten. Zwischen 1991 und 1998 sank der personelle Umfang des Heeres von 500.000 auf 60.000. Durch den Krieg mit Eritrea zwischen 1998 und 2000 stieg die Anzahl der Soldat:innen jedoch wieder auf 352.500. Nach dem zweiten DDR-Programm umfasste die Armee seit 2007 138.000 aktive Soldat:innen (ausschließlich Freiwillige). Bestrebungen, die Personalzahlen zu erhöhen, sind umgesetzt worden: So umfasst das äthiopische Militär seit 2022 wieder 503.000 aktive Soldat:innen.

Die USA unterstützen die Streitkräfte bei der Ausbildung und beim Ausbildungsmanagement, insbesondere für Friedensmissionen, Antiterroroperationen und die medizinische Versorgung. Aufgrund zahlreicher Konflikte in der Region verfügen Heer und Luftwaffe über viel Kampferfahrung, sodass sie einen wichtigen Beitrag zu den UN-Missionen in Darfur (UNIFSA) und im Südsudan (UNMISS) leisten. Seit Januar 2014 beteiligt sich Äthiopien (erneut) mit rund 4.000 Soldat:innen im Rahmen der AU-Mission AMISOM in Somalia bzw. seit April 2022 an der Nachfolgemission ATMIS. Ausbildung und Beratung erhält Äthiopien neben den USA, zu denen es enge Beziehungen pflegt, auch aus China und Israel. Insgesamt verfügt das äthiopische Militär über ausreichende Kapazitäten, um die Sicherheit am Horn von Afrika und auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent aktiv mitzugestalten. Ihre Schlagkraft haben die Streitkräfte mehrfach in Somalia im Kampf gegen die Union islamischer Gerichte (UIC) unter Beweis gestellt. Seit Ende 2020 befanden sich die äthiopischen Streitkräfte, gemeinsam mit den Streitkräften Eritreas, im bewaffneten Konflikt mit Streitkräften der Region Tigray (Tigray Defense Forces), welche aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen bestehen. Hierbei wurden von allen Seiten – besonders aber von den äthiopischen und den eritreischen Streitkräften – Kriegsverbrechen begangen. Nach einem Waffenstillstand im März 2022 und einem Wiederaufflammen der Kämpfe im August wurde im November 2022 ein erneuter Waffenstillstand bzw. Friedensabkommen erreicht. Eine mit mehreren westlichen Staaten vereinbarte Neuaustrüstung der Streitkräfte wurde im Zuge des genannten Konfliktes annulliert. Entsprechende Vereinbarungen werden daher vermehrt mit China, Russland und der Türkei geplant.

2021 wurde eine neue Marineeinheit gegründet, bisher allerdings noch keine Schiffe angeschafft. Deren mögliche Stationierung ist weiterhin unklar, wobei im Januar 2024 bekannt wurde, dass diese womöglich in Somaliland stationiert werden soll. Hierzu wurde eine Absichtserklärung mit der separatistischen Regierung unterschrieben, welche die Verpachtung eines 20 km langen Meereszugangs über 50 Jahre angibt. Somalia verurteilte dieses Vorgehen scharf und sieht das Abkommen mit Somaliland als Angriff auf seine territoriale Souveränität.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	Ca. 220	
Aufklärer	Ca. 50	
Schützenpanzer	Ca. 20	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 275	
Bergepanzer	Mehr als 3	
Artillerie	Mehr als 450	
Panzerabwehr	Einige	RS-AT-3 Sagger; RS-AT-4 Spigot; RS-AT-14 Spriggan
Luftabwehr	Einige	RS-SA-2 Guideline; RS-SA-3 Goa; RS-SA-7 Grail, RS-SA-16 Gimlet, RS-SA-22 Greyhound

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Das Heer umfasst mittlerweile 500.000 aktive Soldat:innen. Tausende Landstreitkräfte waren lange Zeit an der Grenze zu Eritrea stationiert und weitere in Somalia, während die übrigen Soldat:innen in UN-Missionen oder inneren Operationen eingesetzt wurden. Seit der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und dem Ausbruch des bewaffneten Konfliktes zwischen der Volksbefreiungsfront Tigray (TPLF) und der Zentralregierung waren die äthiopischen Soldat:innen überwiegend mit der Aufstandsbekämpfung beschäftigt. Seit August 2023 ist zudem ein weitreichender Ausnahmezustand in der Region Amhara in Kraft (siehe hierzu mehr unter dem Kapitel: „[Innere Spannungen](#)“).

Äthiopien erweiterte seine Waffenbestände insbesondere im Krieg mit Eritrea (1998-2000), vor allem um T-55 Kampfpanzer sowie Artillerieausstattung, wie BM-21 122m Geschosswerfer und 122 mm D-30 Haubitzen. Gegenwärtig verfügt das äthiopische Heer über hunderte schwere Kampfpanzer. Hierbei handelt es sich zum Teil um modernisierte Panzer, unter anderem um im Jahr 2012 gelieferte ukrainische T-72. Dieses Geschäft erfolgte im

Rahmen eines Einkaufs in Höhe von 100 Mio. US-Dollar, als zwischen 2011 und 2013 200 T-72B Panzer aus der Ukraine erworben wurden. 2016 hat Äthiopien außerdem aus Frankreich 12 von den USA finanzierte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion erhalten, zwischen 2013 und 2017 75 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Thunder aus Israel. Auch moderne Luftabwehrsysteme sowie bewaffnete Drohnen gehören mittlerweile zum Inventar, darunter auch die aus der Türkei jüngst erworbenen Bayraktar TB2. Verluste von Stützpunkten des Nordkommandos führten in jüngerer Vergangenheit jedoch auch zu einem Verlust von militärischem Equipment.

Tabelle 8
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeuge	11	8 Su-27 Flanker, 3 Su-27UB Flanker
Jagdbomber	Mehr als 6	MiG-23BN/UB Flogger H/C
Erdkampfflugzeuge	3	1 Su-25T Frogfoot, 2 Su-25UB Frogfoot
Transportflugzeuge	14	
Ausbildungsflugzeuge	24	12 G 120TP, 12 L-39 Albatros
Kampfhubschrauber	18	15 Mi-24 Hind, 3 Mi-35 Hind
Mehrzweckhubschrauber	21	
Drohnen	Einige	Wing Loong I, Mohajer 6, Bayraktar TB2
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Die äthiopische Luftwaffe verfügt größtenteils über eine weitestgehend intakte und relativ neue Ausstattung, die sowohl im Inland als auch im Ausland einsatzfähig ist. Allerdings sind in der Vergangenheit einige Flugzeugunglücke äthiopischer Militärmaschinen registriert worden, so bspw. im August 2013 am Flughafen von Mogadishu, als eine veraltete Antonov An-24 abstürzte. Der Bestand der Luftwaffe stammt teilweise auch aus Zeiten der Sowjetunion und seit 1990 aus ukrainischer und russischer Produktion, so zum Beispiel auch die zur Zeit des Grenzkrieges mit Eritrea zwischen 1998 und 2002 angeschafften, damals modernen, Kampfflugzeuge und gerüsteten Hubschrauber.

Äthiopiens Luftwaffe verfügt vor allem über in der Sowjetunion entwickelte Maschinen wie die MiG-21, die Su-27 oder Hubschrauber der Firma Mil, beispielsweise die Mi-8 oder Mi-24. Hinzu kommt auf dem Papier eine beachtliche Zahl an Jagd-, Abfang-, Transport- und Ausbildungsflugzeugen sowie mehrere Dutzend Helikopter. Möglicherweise wird der Bestand künftig um einige Su-30 (MK/K) Flugzeuge ergänzt, an denen Äthiopien Interesse geäußert hat. Im Januar soll es eine unbestimmte Anzahl hiervon erhalten haben.

Auch China scheint ein möglicher Zulieferer der Luftwaffe werden zu können: In Zukunft könnte die alternde Flotte der L-39C Albatros Maschinen durch chinesische Hongdu K-8 Leichtflugzeuge ersetzt werden. Die Leistungsfähigkeit der Mi-24 Hubschrauber ist nicht bekannt, spekuliert wird allerdings über den Austausch mit Harbin Z-9W Hubschraubern. 2019 hat Deutschland sechs G-120TP Ausbildungsflugzeuge nach Äthiopien exportiert, die sich allesamt im Einsatz der äthiopischen Luftwaffe befinden. Die USA haben der Luftwaffe Äthiopiens 2014 sowie 2018 jeweils ein gebrauchtes C-130E Transportflugzeug geschenkt. In den vergangenen Jahren hat die britische Royal Air Force die Auswahl und Ausbildung von Pilot:innen unterstützt. Die äthiopische Luftwaffe selbst trainiert auch Pilot:innen aus anderen Staaten für Kampfflugzeuge, Helikopter und Passagierflugzeuge.

Box 2

Peacekeeping

Somalia (ATMIS): 4.000 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 1.476 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Äthiopien war 2021 der zweitgrößte Truppensteller für die UN-Friedensmissionen im Südsudan (UNMISS) und im Sudan (UNAMID/UNISFA). Die UNAMID-Mission wurde 2021 jedoch beendet. Derzeit ist das Land aber auch an militärischen Operationen in Somalia beteiligt, so etwa seit Januar 2014 mit aktuell 4.000 Soldat:innen an der AU-Mission AMISOM, welche im April 2022 jedoch zu einer Transitions- bzw. Abzugsmission geändert wurde (ATMIS). Bis Ende 2024 sollen die Truppen nach und nach abgezogen und die Sicherheitsverantwortung an die somalischen Streitkräfte übergeben werden.

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Äthiopiens Militär ist im Staatsgefüge fest verankert. Klassische Aufgaben sind der Schutz der staatlichen Souveränität sowie die Garantie der territorialen Integrität. Im Falle des Notstandes liegt auch der Erhalt der Ordnung im Inneren in der Verantwortlichkeit der Streitkräfte. Das Machtverhältnis zwischen Militär und Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten vielfach gewandelt: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1974 gab sich das Militär unter dem damaligen Kaiser Haile Selassie I. weitestgehend unpolitisch; allerdings begannen sich die Streitkräfte schon ab Ende der 1960er Jahre zusehends zu radikalisieren. 1974 kam es zum Putsch und der Derg (Provisorischer Militärverwaltungsrat) unter Mengistu Haile Mariam übernahm für 17 Jahre die Regierung. Die weitreichende Macht der Militärregierung rief einen massiven Widerstand in der Bevölkerung hervor, der sich auch in Form von Guerillakämpfen zeigte. Die Hierarchie des Militärs spiegelte die Zusammensetzung der Gesellschaft wider: Angehörige der politischen Elite stellten hauptsächlich die Offizier:innen, während große Teile der Mannschaftsdienstgrade aus den armen Bevölkerungsschichten rekrutiert wurden. Die Bevölkerung Äthiopiens war in dieser Zeit zahlreichen politischen motivierten Übergriffen ausgesetzt. Die Phase des „Red Terrors“ (auch: Qey Shibir) zwischen 1977 und 1978, während der hunderttausende Menschen durch die kommunistische Militärdiktatur Derg unter

Mengistu Haile Mariams gefoltert und ermordet wurden, stellte ein einschneidendes Erlebnis für die Gesellschaft dar.

Nach dem Sturz des Derg-Regimes im Jahre 1991 übernahm die Koalition der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) die Macht. Die Militarisierung von Politik und Gesellschaft hielt jedoch weiter an. So löste die EPRDF Armee und Sicherheitskräfte zunächst auf, um die Streitkräfte neu zu formieren. Die so entstandenen äthiopischen Streitkräfte (ENDF) waren zwar in weiten Teilen eine multiethnische Truppe. Über 90 Prozent aller Offizier:innen waren jedoch TPLF-Mitglieder und entstammen dem Volk der Tigray, das jedoch nur etwa sechs Prozent der gesamten Bevölkerung ausmacht. Zuletzt wurde jedoch eine ausgeglichene Verteilung angestrebt. Die Verfassung verbietet seit 1994 Militärs, einer politischen Partei anzugehören. In der Praxis hat sich diese Bestimmung jedoch nicht durchgesetzt. Meles Zenawi (TPLF) war bis 2012 zugleich Premierminister und Kommandeur der Armee. Nach seinem Tod im gleichen Jahr übernahm mit Hailemariam Desalegn der Führer der Regierungspartei Southern Ethiopian People's Democratic Movement (SEPDM) das Amt des Premiers. Desalegn war der erste Premierminister, der nicht aus dem Militär stammt und dadurch über weniger Rückhalt im Militär und im Sicherheitsrat verfügte. Mit seinem Rücktritt 2018 und der Wahl von Abiy Ahmed zum neuen Premierminister endete die Dominanz der Tigray im Staatsgefüge. Hier wurde bereits befürchtet, dass Amtsinhaber:innen in Militär und Politik mit tigrinischer Abstammung, die nach wie vor die Sicherheits- und Streitkräfte dominierten, diese Entmachtung nicht leichtfertig hinnehmen. Unter anderem als Abiy Ahmeds Regierung die Wahlen in Tigray aus dem September 2020 nicht anerkannte sowie in Folge der verbesserten Beziehung der Regierung zu der eritreischen Regierung, die in Tigray in weiten Teilen Ablehnung erfährt, brachen im November bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen dem äthiopischen Heer und den Streitkräften Tigrays aus. Letztere bestehen u. a. aus Spezialkräften der Regionalregierung, desertierten Soldat:innen der äthiopischen Armee und lokalen Milizen. In dem bewaffneten Konflikt sind von beiden Seiten erhebliche Menschenrechtsverletzungen begangen worden.

In einigen Teilen der Gesellschaft ist das Militär sehr schlecht angesehen. Gegen die 1984 gegründete Ogaden National Liberation Front (ONLF), deren Ziel die Abspaltung von Äthiopien ist, führt das Militär seit Jahren einen brutalen Antiterrorkampf, der seit 2007 blutig eskaliert. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Ogaden-Befreiungsfront und der äthiopischen Armee forderten nicht nur Menschenleben, sondern hemmten jede Entwicklung in äthiopischen Somali-Region. Im September 2012 hatten die Regierung und die ONLF kurzzeitig Friedensverhandlungen aufgenommen, um den seit mehreren Jahrzehnten andauernden Konflikt zu beenden. Diese scheiterten jedoch bereits im Oktober 2012. Auch gegen andere politische Oppositionelle geht das Militär mit Gewalt vor.

Im Jahr 2005 kam es zu rund 200 Toten, als das Militär gewaltsam gegen eine Antiregierungsdemonstration vorging. Zahlreiche Oppositionsführer:innen wurden verhaftet und politische Rechte erheblich eingeschränkt. Verfolgungen, Folter und willkürliche Verhaftungen durch das Militär schüchtern die Bevölkerung ein und halfen die Macht des Regimes zu stabilisieren. Anhaltende Repressionen sind in Äthiopien alltäglich und kommen nicht nur im Vorfeld von Wahlen vor. Der bewaffnete Konflikt in Tigray (November 2020 bis November 2022) hatte jüngst eine humanitäre Katastrophe ausgelöst (siehe hierzu [„Spannungen und innere Konflikte“](#)). Seit Mitte 2023 besteht zudem ein Ausnahmezustand in der Amhara-Region und ein bewaffneter Konflikt mit der Fano-Miliz, welche im Tigray-Konflikt noch auf Seiten der Regierungstruppen stand. Auch hier finden außergerichtliche Tötungen statt, wie [Amnesty International](#) noch im Februar 2024 berichtet.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Neben der Armee bilden in Äthiopien die Militär-, Bundes- und die lokale Polizei sowie lokale Regierungsmilizen den Sicherheitsapparat. Dabei untersteht die Bundespolizei dem Ministerium für staatliche Angelegenheiten, das allerdings nur sehr geringe Kontrolle ausübt. In allen 13 Regionen des Landes gibt es staatliche Polizeikräfte bzw. polizeiliche Spezialeinheiten sowie lokale Milizen, deren Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aber nicht immer klar koordiniert ist. Auch hier mangelt es an Kontrolle seitens übergeordneter Institutionen. Äthiopiens Sicherheitskräfte arbeiten in Bezug auf ihre Sicherheitsaufgaben effektiv, bedienen sich allerdings oftmals gewaltsamer, rechtswidriger Methoden. Im Jahr 2021 wurde mit einer neuen Polizei-Doktrin jedoch eine Strategie veröffentlicht, die ihren repressiven Charakter und willkürliche Gewalt vermindern soll. Wie effektiv dieser Ansatz sein wird, bleibt abzuwarten. In Testregionen sind jedoch positive Entwicklungen zu erkennen.

Insbesondere seit Einführung des Antiterrorgesetzes im Jahr 2009 veranlassen die Streitkräfte immer wieder monatelange Haft von Verdächtigen mit der Begründung, die Staatssicherheit sei gefährdet. Die Straffreiheit der Sicherheitskräfte führt zu einer erheblichen Missachtung der Menschenrechte. In Polizeistationen und Gefängnissen kommt es immer wieder zu massiven Menschenrechtsverletzungen in Form von Misshandlungen, Folter und der Verweigerung von Grundbedürfnissen. Die sechs bundesstaatlichen und 120 regionalen Gefängnisse verfügen größtenteils über schlechte sanitäre und medizinische Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur begrenzt verteilt. Unverhältnismäßige Gewalt wird insbesondere gegen Oppositionelle sowie die muslimische Gemeinschaft in Äthiopien angewandt. In den Regionen Oromia und Amhara kamen im Jahr 2013 durch den Einsatz von Polizeiwaffen mehrere Personen ums Leben. In Amhara ist seit 2023 eine erneute Zunahme der Gewalt zu erkennen. Nachdem im April 2023 angekündigt wurde, regionale Sonderpolizeikräfte sollen aufgelöst und in die Bundespolizei und teilweise in die nationalen Streitkräfte integriert werden, liefen einige Mitglieder zu bewaffneten Gruppen (insbesondere Fano-Miliz) über. Es kam zu mehreren Kämpfen und außergerichtlichen Tötungen.

Zusätzlich zu den Sicherheitsdiensten gibt es den äthiopischen Geheimdienst, der 1994/95 als Security, Immigration and Nationality Affairs Authority gegründet und 2006/07 in National Intelligence and Security Service (NISS) umbenannt wurde. Im Juli 2013 gab die Regierung bekannt, den Geheimdienst zum Schutze der äthiopischen Verfassung und Souveränität sowie der nationalen und internationalen Interessen modernisieren und stärken zu wollen. Die Veränderungen erweiterten die Befugnisse des NISS, der so dem:der Premierminister:in unterstellt ist, erheblich. Die Institution soll innerhalb und außerhalb Äthiopiens tätig und insbesondere in Antiterrormaßnahmen eingebunden sein.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Möglicherweise kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Vertrag von Pelindaba)	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Das ostafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten bzw. hat sie lediglich unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. So beispielsweise den Vertrag über den partiellen atomaren Teststopp (1963). Das Übereinkommen über Streumunition (2010), die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, den 2014 verabschiedeten Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) sowie den 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag hat Äthiopien nicht unterzeichnet. Bisher wurde seitens der Regierung auch keine Bereitschaft signalisiert, diese Verträge langfristig zu unterzeichnen bzw. zu ratifizieren.

Gegen Äthiopien sind derzeit weder von den Vereinten Nationen noch von der Europäischen Union Sanktionen verhängt. Seit 2001 haben keine entsprechenden Waffenembargos gegen Äthiopien mehr bestanden.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 3

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

In November 2022, the government and the Tigray People's Liberation Front signed a Cessation of Hostilities Agreement, ending active hostilities between them, which held throughout the year, although reports of abuses by Eritrean troops along the border and by militia groups persisted. In March the U.S. Secretary of State "determined that members of the Ethiopian National Defense Forces (ENDF), Eritrean Defense Forces (EDF), Tigray People's Liberation Front (TPLF) forces, and Amhara forces committed war crimes – during the conflict in northern Ethiopia. Members of the ENDF, EDF, and Amhara forces also committed crimes against humanity, including murder, rape and other forms of sexual violence, and persecution. Members of the Amhara forces also committed the crime against humanity of deportation or forcible transfer and committed ethnic cleansing in western Tigray." In April the government disbanded regional special forces nationwide. The Amhara and Oromia regions experienced conflict between government forces and Fano militia and the Oromo Liberation Army, respectively. In August the government declared a state of emergency, under which there were widespread reports of violations by the government, including extrajudicial killings and arbitrary detentions.

Significant human rights issues included credible reports of: arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious abuses in a conflict, including reportedly unlawful or widespread civilian deaths or harm, enforced disappearances or abductions, forcible transfers of civilian populations, torture, physical abuses, conflict-related sexual violence or punishment; serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests of journalists, censorship, and the existence of criminal libel and slander laws; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental and civil society organizations; serious government corruption; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; extensive gender-based violence, including rape and sexual violence; crimes involving violence or threats of violence targeting members of racial or ethnic minority groups; and laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults, which were enforced.

The government took limited steps to identify and punish officials who may have committed human rights abuses. The government prosecuted some lower-level officers for abuses.

There were reports of widespread killings of civilians, mass forced displacement and ethnic cleansing,

rape, and other forms of gender-based violence, looting, and destruction of property by Amhara militias and affiliated groups in western Tigray. There were also reports of widespread unlawful killings of civilians and government officials in Amhara and Oromia regions and elsewhere, including by the Oromo Liberation Army. Local militia groups in Afar, Oromia, and Somali regions reportedly carried out attacks and killings of civilians, displacing thousands.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/ethiopia>

Box 4

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

After the signing of an agreement to end hostilities, evidence of aid supplies being diverted led humanitarian agencies to temporarily suspend food aid to the Tigray region. Fresh clashes between the federal army and Amhara Fano militias erupted in the Amhara region, and human rights violations, including arbitrary arrests and detentions, were committed in this context; extrajudicial executions were carried out in the Tigray region. Women in Tigray were subjected to sexual violence. Influential groups and individuals led a campaign that culminated in a government crackdown against LGBTI people. The internet was shut down in the Amhara region. Access to social media platforms was restricted across Ethiopia, and around 30 protesters were killed. The government successfully campaigned against regional and international investigative mechanisms that could have led to justice and accountability for victims and survivors of crimes under international law.

Quelle: Amnesty International Report April 2024:
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 5

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024

Bewertung für Äthiopien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 10/60

Politische Rechte: 10/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (20/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024

The 2018 appointment of Prime Minister Abiy Ahmed set off a transitional period in Ethiopia. Abiy pledged to reform Ethiopia's authoritarian state and has held elections and implemented some liberalization policies. However, Ethiopia remains beset by internal conflict and intercommunal violence, abuses by security forces and violations of due process are common, and many restrictive laws remain in force. Fighting in the Amhara, Oromia, and Tigray regions in recent years has caused widespread displacement, and credible allegations of atrocity crimes have emerged.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ethiopia/freedom-world/2024>

Kommentar

Äthiopien ist fast allen wichtigen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten und die Verfassung garantiert formal die Menschenrechte. Faktisch waren diese aber unter der ab 1991 regierenden Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) sehr stark eingeschränkt. Seit 2018 durchläuft Äthiopien eine Transition, die mit der Ernennung von Premierminister Abiy Ahmed Ali begann. Abiy Ahmed Ali folgte auf Hailemariam Desalegn, der nach landesweiten Massenprotesten zurückgetreten war.

Unter dem neuen Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali wurden im April 2018 alle inhaftierten Journalist:innen und Blogger:innen freigelassen, das berüchtigte Foltergefängnis Mäkelawi in Addis Abebas geschlossen und das mobile Internet wieder unbeschränkt nutzbar gemacht. Es folgten zudem diverse Gesetzesänderungen, die die Lage in Bezug auf Meinungsfreiheit verbesserten und den Betätigungsraum für Nichtregierungsorganisationen vergrößerten. Dadurch verbesserte sich die Situation in Bezug auf die bürgerlichen Freiheiten etwas. Nichtsdestotrotz wird Äthiopien im Jahr 2023 von Freedom House immer noch als „nicht frei“ eingestuft.

Mit den politischen Reformen stiegen jedoch auch die ethnonationalistischen Konkurrenzen. Insbesondere die Amhara und Oromo strebten nach Jahren der Dominanz der Tygrai nach mehr Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Im Jahr 2019 erlebte Äthiopien mit der Auflösung der EPRDF, einem Zusammenschluss aus vier ethnoregionalen Parteien, welcher Äthiopien seit 1991 autoritär regiert hatte, ein politisches Erdbeben. Abiy Ahmed Ali hatte mit der Auflösung der EPRDF und der Gründung der neuen Prosperity Party (PP) ein politisches Signal senden wollen, dass mit den für 2020 angesetzten Wahlen eine Öffnung in Richtung einer Mehrparteiendemokratie bevorstünde. Tatsächlich heizte die Auflösung der zentralistischen Partei die Konkurrenz und Unabhängigkeitsbestrebungen unter den diversen Ethnien weiter an und führten zu landesweiten gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die für 2020 vorgesehenen Wahlen wurden letztlich aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie im Juni 2021 nachgeholt, was für weitreichende Frustration bei der Opposition sorgte. Daraufhin hielt die von der Tigray People's Liberation Front (TPLF) geführte Regionalregierung der Region Tigray eigenmächtig Wahlen ab, die sie haushoch gewann. Der Konflikt zwischen Zentralregierung unter dem Oromo Abiy Ahmed Ali spitzte sich im Verlauf weiter zu und gipfelte in einer Militäroffensive der Zentralregierung. Seit Beginn der Offensive im November 2020 flohen laut UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) rund 107.000 Menschen aus der Tigray-Region. Allein durch direkte Kämpfe starben einem [Bericht](#) von PRIO von 2023 zufolge mehr als 100.000 Menschen. Insgesamt liegen die Schätzungen der Todesopfer zwischen 300.000 und 600.000. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind aufgrund des Konfliktes und einer schweren Dürre neun Millionen Menschen in Tigray und den Nachbarprovinzen Afar und Amhara auf Hilfe angewiesen. Blockaden und Plünderungen durch die Konfliktparteien erschwerten jedoch den Zugang zu diesen Menschen. Einem [Bericht](#) von Amnesty International zufolge haben dabei auch eritreische Truppen Menschenrechtsverletzungen in den Kämpfen begangen. So töteten sie bspw. hunderte Zivilist:innen in der Stadt Axum im November 2020. Im November 2022 unterzeichneten die TPLF und die äthiopische Regierung ein Abkommen in Südafrika, das die Feindseligkeiten beilegen soll.

Nur wenige Monate nach dem Friedensschluss kam es zur Gewalteskalation in der Region Amhara, in der im August 2023 der Notstand verhängt wurde. Die amharischen paramilitärischen Einheiten (Fano) sollten nach Kriegsende in Tigray in die offiziellen Streitkräfte integriert werden, was jedoch auf heftigen Widerstand stieß. Teilweise besetzten die Fano-Milizen kritische Infrastruktur, Ortschaften oder umstrittenes Agrarland. Beiden Seiten werden schwere Verbrechen zur Last gelegt. So sollen Amhara-Kräfte bspw. für ethnische

Säuberungen und Deportationen in Tigray verantwortlich sein – den offiziellen Streitkräften werden hingegen willkürliche Festnahmen und außergerichtliche Tötungen, Entführungen und Folter vorgeworfen. Stand [August 2024](#) kommt es weiterhin zu Kämpfen zwischen Aufständischen und Kräften der Zentralregierung, aber auch zu Spannungen zwischen verschiedenen Fano-Gruppen. Es mehren sich außerdem Berichte über Übergriffe auf die zivile Bevölkerung in der Region Oromia, wo sich aufgrund von Spannungen innerhalb der Oromo-Befreiungsarmee (OLA) die Lage derzeit ebenfalls verschlechtert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 7

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Over the past two years (2021 – 2023), Ethiopia has been gripped by civil conflicts, which have undone the advancements brought about by the bold political and economic reforms initiated by Prime Minister Abiy Ahmed in 2018. In the northern regions of Ethiopia, including Amhara, Afar and Tigray, a conflict erupted between the federal government and its allies from the Amhara region and the Tigray People's Liberation Front (TPLF). This conflict has resulted in extensive damage to infrastructure and a devastating loss of life. Simultaneously, an insurgency led by the Oromo Liberation Army (OLA) gained momentum in western and southern parts of the Oromia region. Additionally, ethnic-based conflicts erupted in various parts of the country, putting immense pressure on the federal government. The armed conflict between the TPLF and the federal government persisted until they signed a peace agreement in November 2022, marking the end of a destructive conflict and initiating a challenging path to recovery for the Tigray region. Meanwhile, the insurgency in Oromia continued to expand, drawing in more actors and exacerbating existing political divisions. Despite the overall instability, Ethiopia managed to conduct its national elections relatively peacefully, with the second round of voting occurring on September 30, 2021. The Prosperity Party, the incumbent ruling party, secured a significant victory, solidifying its position in steering Ethiopia's political and economic development. However, elections held in the Tigray region on September 9, 2020, by the TPLF in defiance of the federal government were invalidated. No plans for subsequent elections in the Tigray region have been announced due to the ongoing conflict.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/ETH>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Äthiopien 37 von 100 möglichen Punkten (2022: 38 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Argentinien, Albanien, Belarus, Gambia und Sambia. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/eth>

Spannungen und innere Konflikte

Seinem laut Verfassung demokratischen Charakter wird Äthiopien nur sehr eingeschränkt gerecht. Äthiopien ist ein Bundesstaat mit 10 Verwaltungsregionen sowie zwei unabhängigen Städten, in dem rund 80 ethnische Gruppen beheimatet sind und mehr als 80 Sprachen gesprochen werden. Die größten ethnischen Gruppen stellen die Omoros (32,1 Prozent) und die Amharen (30,1 Prozent) sowie die Tigriner (6,2 Prozent) und Somalis (5,9 Prozent). Die

schlechte Menschenrechtsslage und innenpolitische Spannungen im Land bergen zahlreiche Konfliktpotenziale. Zu den großen internen Konflikten gehörten die Auseinandersetzungen mit den militanten Befreiungsbewegungen Ogaden National Liberation Front (ONLF) in der Somali-Region sowie der Oromo Liberation Front (OLF) in der Region Oromia, die beide von der Regierung im Jahr 2011 als terroristische Organisationen eingestuft wurden. Unter Abiy Ahmed Ali setzte ein Versöhnungs- und Amnestie-Prozess ein, in dessen Zuge Ginbot 7, Oromo Liberation Front (OLF) und die Ogaden National Liberation Front (ONLF) von der Liste terroristischer Organisationen genommen wurden. Die OLF hatte sich, nach der gewährten Generalamnestie, formell aufgelöst und zu einer friedlichen politischen Partei transformiert, dennoch agieren weiterhin Splittergruppen vor allem im Süd-Westen des Landes. Dies ermöglichte auch die Rückkehr von Angehörigen dieser Organisation und führte zu erneuten regionalen Spannungen und verstärkten ethnischen Auseinandersetzungen.

Mit der Liberalisierung des politischen Systems und der Auflösung der vormaligen Einheitspartei, der Revolutionäre Demokratische Front der äthiopischen Völker (englisch Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front, EPRDF) im Jahr 2019 verstärkten sich die inneren Konflikte jedoch wieder. Die EPRDF war ein Sammelbündnis regionaler Parteien, die jedoch seit langem durch die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) dominiert wurde. Dennoch besaß sie eine integrierende Wirkung. Mit dem Wegfall dieser verstärkte sich insbesondere der Konflikt zwischen der Zentralregierung unter Premierminister Abiy Ahmed und seiner neu gegründeten Wohlstandspartei (englisch Prosperity Party, PP) und der nun oppositionellen TPSL. Als die auf Juni 2020 terminierten Wahlen auf Grund der Corona-Pandemie auf Mitte 2021 verschoben werden sollten, eskalierte der Konflikt. Die Regionalregierung hielt unabhängige Wahlen ab, die von der TPSL haushoch gewonnen wurden von der Zentralregierung jedoch nicht anerkannt wurden. Daraus entwickelte sich der sog. Tigray Konflikt (s. u.). Insbesondere der gewaltsame Konflikt in Tigray sowie ethnische Gewalt in Teilen von Benishangul-Gumuz stellen Äthiopien vor große Herausforderungen. Im Zuge dessen wurden bisweilen schwere Menschenrechtsverletzungen von allen Konfliktparteien begangen. Ältere Konflikte stellen jene in der Ogaden bzw. Oromia Region dar.

Tigray Konflikt

Wie eingangs erwähnt, entwickelte sich der Tigray-Konflikt im Zuge des von Premierminister Abiy Ahmed angestoßenen politischen Reformprozess und der Auflösung der ehemaligen Einheitspartei EPRDF. Drei der vier im Bündnis beteiligten Parteien mit Ausnahme der TPLF folgten Premier Abiy in die neu gegründete Wohlstandspartei, was erstere nach Jahren der politischen Dominanz ins politische Abseits stellte. Die TPLF hielt daher eigenmächtig lokale Wahlen in der Region ab, die die TPLF haushoch gewann. Diese wurde von der Zentralregierung jedoch für illegal erklärt. Als es Anfang November zu Angriffen auf Armeeposten der äthiopischen Streitkräfte kam, wurde die Region unter einen sechsmonatigen Ausnahmezustand gestellt, die Regionalregierung von Tigray für aufgelöst erklärt und weitere Truppen in die Region entsandt. Über das Jahr 2020 entwickelten sich heftige Gefechte zwischen den regionalen Streitkräften und Polizeikräften Tigrays und den nationalen Streitkräften Äthiopiens. Letztere erhielten Unterstützung von den Streitkräften des benachbarten Eritrea. Über das Jahr 2020 befand sich die Region Tigray quasi im Belagerungszustand, was gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage in der Region hatte. Am 28. Juni 2021 gelang es den TPLF-Kämpfer:innen die im vormals durch das äthiopische Militär kontrollierte regionale Hauptstadt Mek'ele zurückzuerobern und eine Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba zu starten. An dieser Offensive beteiligte sich auch die Oromo Liberation Army (OLA).

Insgesamt kamen im Zuge des Konfliktes über 100.000 Menschen allein durch direkte Kampfhandlungen ums Leben.

Im November 2022 wurde ein Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien verkündet, dessen langfristige Einhaltung sich noch zeigen wird.

Mangelhaftes Ressourcenmanagement

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Äthiopien wird vermehrt durch wiederkehrende Perioden von Dürre und Hunger gefährdet. Seit einigen Jahren kommt es insbesondere im Norden zwischen Angehörigen der Afar, Oromo, Argobba und Issa-Somalis sowie im Osten zwischen den Ogaden und im Westen zwischen Gambella und Benishangul-Gumuz zu Auseinandersetzungen um Grenzen, Land und Wasser. Dabei ist die Nutzung von vorhandenem Land und Wasser als wenig nachhaltig zu bezeichnen: Landflächen, speziell im Rift Valley und Omo-Delta, werden zunehmend an internationale Investoren verkauft, die die Erträge auf den Export – beispielweise nach Europa oder auf die arabische Halbinsel – ausrichten; der Umgang mit Wasser ist von einem verheerenden Missmanagement durch Politik und Wirtschaft geprägt. Zwar verfügt Äthiopien über reichliche Wasserressourcen (Lage am Blauen Nil), doch hat nur ein Viertel der ländlichen Bevölkerung Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gründe hierfür sind zum einen Dürren, zum anderen die Politik. So fehlt es unter anderem an einer umfassenden Wasserinfrastruktur und ausreichend Bewässerungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Auf diese Weise wird eine Ressourcenknappheit angeheizt, die soziale Konflikte schürt.

Konflikt mit der Somali-Region Ogaden

Ende November 2015 kam es in der Region Oromia zu Massendemonstrationen in einigen Städten. Die Proteste haben sich mittlerweile in der ganzen Region, bis ins unmittelbare Umfeld der Hauptstadt Addis Abeba, ausgeweitet. Abgesehen davon kommt es vor allem in den Randgebieten des Landes immer wieder zu Unruhen. In der Somali Region (Ogaden) im Osten, führt die äthiopische Armee bewaffnete Einsätze gegen Mitglieder der ONLF durch. Der bewaffnete Konflikt zwischen dem äthiopischen Staat und der überwiegend von Somali bewohnten Region Ogaden besteht seit über fünf Jahrzehnten. Gehörte die Region seit Ende des 19. Jahrhunderts zum heutigen Äthiopien, so verschob sich insbesondere mit dem zunehmenden Einfluss europäischer Kolonialmächte ab Beginn des 20. Jahrhundert die Zugehörigkeit der Ogadenregion: Sowohl der Staat Äthiopien als auch Somalia erhoben Anspruch auf die Region. Die Bewohner:innen von Ogaden sind größtenteils (äthiopische) Somali, die dem Klan der Ogadeni-Darod angehören. Die seit Mitte des 20. Jahrhunderts bestehenden Bestrebungen der Somali, in Äthiopien gemeinsam mit dem Nachbarstaat ein Großsomalien zu errichten führten zu einem bis heute anhaltenden, jahrzehntelangen Widerstand gegen Addis Abeba. Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzungen war der Ogadenkrieg 1977/78. Im Jahr 1993 erreichte die Region die Etablierung des Somali National Regional State (SNRS), der als autonome Region alle somalischsprachigen Gebiete des Ogadengebiets umfasst und unter anderem den Gebrauch der Sprache in öffentlichen Einrichtungen sowie die Wahl politischer Vertreter:innen gewähren sollte. Die Erwartungen an die neue Verfassung, die 1995 in Kraft trat, wurden jedoch enttäuscht. So kam es in der Folgezeit erneut zum bewaffneten Aufstand durch die separatistische Gruppierung Ogaden National Liberation Front (ONLF), die sich seit 1991 entwickelt hatte. Diese Miliz verfolgt bis heute das Ziel, die Unabhängigkeit der Ogaden zu erreichen. Seit 2007 nahm die Gewalt zu, beispielsweise in Form von Anschlüssen auf Militäreinrichtungen oder Ölförderanlagen. Ab 2011 bezeichnete die Regierung die ONLF als Terrororganisation. 2012 führten die äthiopische Regierung und die ONLF

Gespräche in Kenia, die allerdings ohne Ergebnis endeten. Im Oktober 2013 verübte die ONLF eine Reihe von Attentaten auf das äthiopische Militär, bei denen insgesamt 24 Soldat:innen starben. Im Juni 2014 wurden zwei ONLF-Mitglieder in Kenia entführt und an Äthiopien ausgeliefert. Sie saßen dort bis Juni 2015 in Haft. Unter Abiy Ahmed Ali setzte ein Versöhnungs- und Amnestie-Prozess ein, in dessen Zuge die ONLF von der Liste terroristischer Organisationen genommen wurde, woraus jedoch wiederum weitere Spannungen entstanden.

Konflikt mit der Region Oromia

Die Region Oromia ist eine weitere der neun Verwaltungsregionen in Äthiopien. Hier kämpfte die Oromo Liberation Front (OLF) von 1973 bis einschließlich 2018 für die Unabhängigkeit der Oromo, einer ethnischen Gruppe, die sich teils durch den Staat diskriminiert und benachteiligt sieht. Die Oromo stellen mindestens 32 Prozent der Bevölkerung Äthiopiens und sind damit die größte ethnische Gruppe des Landes. Aufgrund der relativ aussichtslosen Lage in Äthiopien selbst, operierte die OLF überwiegend von Eritrea aus. Der OLF wurden Massaker und Terrorakte in Äthiopien, Kenia und Somalia vorgeworfen, die die Bewegung allerdings abstreitet. Zuletzt kam es am 23. Juni 2018 zu einem Anschlag der OLF in Addis Abeba, bei dem zwei Tote und über 150 Verletzte zu beklagen waren. Im August 2018 endete der Konflikt offiziell mit einem Friedensschluss zwischen OLF und der äthiopischen Regierung. Im Jahr 2021 ging die Oromo Liberation Army (OLA), der bewaffnete Arm der OLF, ein Bündnis mit der TPLF ein und unterstützte deren Offensive auf die Hauptstadt Addis Abeba, wodurch der Konflikt an Aktualität gewann.

Krise in der Amhara Region

Im April 2023 ist ein Konflikt in der Amhara Region Äthiopiens ausgebrochen, der zur Ausrufung eines Notstandes durch die Regierung geführt hat. Mittlerweile gilt die Amhara als instabilste Region in Äthiopien; die bestehende Unsicherheit stellt dabei eine Gefahr für die Regierung sowie die allgemeine Stabilität Äthiopiens dar. Im August 2023 hat die Gewalt in der Region einen vorläufigen Höhepunkt erreicht, als alleine innerhalb einer Woche [ACLED](#) zufolge 30 Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Fano Milizen registriert wurden. Auslöser des Konfliktes zwischen der Regierung und ethnischen Fano und Amhara waren kontroverse Pläne der Regierung Anfang 2023, regionale Spezialkräfte in andere Sicherheitsinstitutionen zu integrieren. Eskaliert sind Spannungen, als die Regierung die Streitkräfte beauftragt hat, aktiv gegen „extremistische“ Elemente vorzugehen, nachdem eine nicht identifizierte bewaffnete Gruppe den Vorsitzenden der Amhara Wohlstandspartei Ende April getötet hatte. Milizen, die aus ethnischen Fano und Amhara bestehen, fordern die Regierungstruppen zum Abzug aus der Region auf und beschuldigen Regierung sowie die Regionalregierung, von ethnischen Oromo dominiert zu werden. Darüber hinaus fordern sie, dass die Gebiete Welkait, Tselemt, Humera und Raya – Gebiete in der Tigray Region, in denen viele ethnische Amhara leben – offiziell der Regionalregierung Amharas unterstellt werden.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Äthiopien liegt im Osten Afrikas und wird von sechs Nachbarstaaten umschlossen. Im Norden grenzt es an Eritrea, im Westen an den Sudan und Südsudan, im Süden an Kenia und im Osten an Somalia und Djibouti. Seit der Unabhängigkeit Eritreas (1993) verfügt Äthiopien nicht mehr über einen Zugang zum Roten Meer.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation am Horn von Afrika ist seit Jahren von Krieg und Konflikt gekennzeichnet. Dabei sind insbesondere die Sicherheitslage in Somalia, die politischen Entwicklungen im Sudan und Südsudan sowie die angespannten Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea entscheidende Ursachen. Letztere entspannten sich jedoch mit dem historischen Friedensschluss zwischen beiden Ländern im Jahr 2018.

Äthiopien galt lange auf Grund seiner strategisch wichtigen Lage als Sicherheitspartner der USA sowie als Bollwerk und Schlüsselakteur im Kampf gegen den regionalen und internationalen Terrorismus. International wird die Regionalmacht überwiegend als Stabilitätsfaktor und Konfliktschlichter gesehen. Die Nachbarstaaten hingegen nehmen die Politik Addis Abebas eher als bedrohlich wahr, weil das Land vielfach mit eigenen Interessen an Konflikten beteiligt ist. Mit den steigenden internen Spannungen und eskalierenden Konflikten ändert sich diese Situation jedoch allmählich.

Das Nachbarland Somalia ist in verschiedene Machtbereiche zerfallen und gilt seit über zwanzig Jahren als gescheiterter Staat. In den vergangenen Jahren prägten die Situation dort insbesondere der starke Anstieg der Piraterie im Golf von Aden und im Indischen Ozean, der Einfluss radikal-islamistischer Kräfte sowie die wiederkehrenden Hungerskatastrophen. Seit August 2012 hat Somalia wieder eine „permanente“ Regierung in Mogadischu, die von westlichen und afrikanischen Staaten, unter anderem auch Äthiopien, im Kampf gegen die al-Shabaab-Milizen unterstützt wird. Der anfängliche Optimismus über die Regierung unter Präsident Hassan Sheikh Mahamoud hielt nur bis Mitte 2013 an. Spätestens seitdem wurde sichtbar, dass es der Regierung nicht gelingen wird, die Sicherheitslage in Mogadischu zu verbessern. Die Terrororganisation al-Shabaab kontrollierte trotz einer erheblichen Ausweitung und personellen Verstärkung der AU-Mission in Somalia (AMISOM) weiterhin Gebiete im Süden sowie im Umland der Stadt. Seit der Nachfolgemission ATMIS (seit April 2022) beschränkt sich der Einfluss al-Shabaabs aber eher auf Erpressung und illegale Besteuerung der lokalen Wirtschaft, ist weiterhin aber ein großer destabilisierender Faktor. Durch seine militärischen Erfolge verfügt al-Shabaab nach Schätzungen des UN-Sicherheitsrats noch über 7.000 bis 12.000 Kämpfer:innen (Stand: Januar 2024). Mittlerweile konzentriert sich die Organisation auf komplexe Terrorattacken sowohl in Somalia als auch zunehmend im Ausland. Im Februar 2012 gab sie offiziell den Beitritt zum Netzwerk der al-Qaida bekannt. Im November 2015 verübte sie einen schweren Anschlag auf ein Hotel in Mogadischu. Dabei kamen rund 15 Menschen ums Leben. Ähnliche Anschläge auf Hotels ereigneten sich erneut in den Jahren 2017, 2020, 2021 und zuletzt im August 2024. Bei dem jüngsten Anschlag kamen 32 Menschen ums Leben, mehr als 63 wurden verletzt.

Auch in dem seit 2011 unabhängigen Südsudan ist die Lage weiterhin angespannt und ein Frieden in weite Ferne gerückt. Unstimmigkeiten in der regierenden Partei SPLM führten im Dezember 2013 zu einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt innerhalb der staatlichen Sudan People's Liberation Army (SPLA). Bis heute halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der auf Seiten der Regierung von Präsident Salva Kiir agierenden SPLA und der Sudan People's Liberation Army in Opposition (SPLA-IO) auf Seiten des ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar an. An der Grenze zwischen Sudan und Südsudan kämpfen beide Staaten mit militärischen Mitteln um das ölreiche Gebiet Abyei, dessen Zugehörigkeit umstritten bleibt. Ein für Januar 2011 geplantes Referendum über den Status der Region wurde nicht durchgeführt.

Im Sudan kam es im September 2014 in der Hauptstadt Khartum zu teils gewaltsamen Demonstrationen. Seit 2012 protestieren Menschen dort gegen staatliche Repression, Preissteigerungen und Sparmaßnahmen der Regierung und werden von den Sicherheitskräften

gewaltsam unterdrückt. In 2019 kam es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden in Khartum, bei denen mehr als 30 Menschen ums Leben kamen. Die Demonstrationen waren bereits im Dezember 2018 ausgebrochen. Auch die Region Darfur kommt nicht zur Ruhe, hier herrschen weiterhin militärische Auseinandersetzungen und Bandit:innen treiben ihr Unwesen. Beide Konflikte stellen für Äthiopien eine große Bedrohung dar: So agiert die islamistische Terrororganisation al-Shabaab im Kontext fehlender staatlicher Strukturen vor Äthiopiens Grenzen, verübt zunehmend Anschläge in der Region und droht Äthiopien wegen der Entsendung von Soldat:innen nach Somalia sowie der Kooperation mit der Zentralregierung in Mogadischu und internationalen Akteuren mit Vergeltung. Der Konflikt im Südsudan wirkt sich insofern auf Äthiopien aus, als die Grenze zwischen Gambella und Jonglei als porös gilt und ein Übergreifen der Gewalt nicht auszuschließen ist. Äthiopien engagiert sich seit Jahren als Vermittler zwischen Sudan und Südsudan.

Weiter verkompliziert wird die Lage durch über 2,2 Millionen Geflüchtete (Stand: Ende 2023) aus dem Südsudan und über 50.000 – 70.000 Geflüchteten aus dem Sudan in Länder der Region. Bei den im Januar 2014 in Addis Abeba begonnen Friedensgesprächen zwischen den südsudanesischen Konfliktparteien engagierte sich das Land; die Gespräche scheiterten jedoch im August 2015, wurden aber 2016 wieder aufgenommen. Es folgte ein Friedensvertrag, der 2018 erneuert wurde. Seit Februar 2020 ist eine Übergangsregierung unter Präsident Salva Kiir im Amt und die äthiopische Bundespolizei verabschiedete kürzlich ein Memorandum of Understanding, in welcher sie die Zusammenarbeit mit der süd-sudanesischen Polizei bekräftigt. Seit 2011 war die United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS) im Land aktiv, um den brüchigen Frieden zu sichern und Zivilist:innen zu schützen.

Grenzkonflikte

Nach einem dreißigjährigen Unabhängigkeitskampf zwischen Eritrea und Äthiopien entstand 1993 der eigenständige Staat Eritrea. 1998 mündete dieser in einem erneuten, bis zum Jahr 2000 anhaltenden Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea. Der Internationale Gerichtshof entschied 2002 im Grenzkonflikt zugunsten Eritreas, indem er Eritrea den Ort Badme zusprach. Äthiopien erkennt das Urteil jedoch nicht an. Immer wieder gab es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen äthiopischen und eritreischen Akteuren. Schließlich kam es 2018 zum Friedensvertrag zwischen Eritrea und Äthiopien, in dessen Zuge Äthiopien die Stadt Badme an Eritrea abtrat, diplomatische Beziehungen zwischen den Ländern aufgenommen wurden und die gemeinsame Grenze geöffnet wurde.

Zwischen den elf Anrainerstaaten des Nilbeckens (Ägypten, Äthiopien, Burundi, Eritrea, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Sudan, Südsudan, Tansania, Uganda) herrscht aufgrund des steigenden Wasser-, Nahrungs-, und Energiebedarfs ein Streit um Zugang und Aufteilung der Wasservorräte des Flusses. Insbesondere zwischen Äthiopien und Ägypten schwelte ein Konflikt, da die äthiopische Regierung den Bau eines Riesenstaudamms (GERD) vorantrieb, durch den sich Ägypten in seiner Existenz bedroht sah. Zwei Jahre lang hatte Sudan zwischen Ägypten und Äthiopien vermittelt, bis Kairo einsah, dass der in Äthiopien geplante Renaissance-Staudamm am Blauen Nil mehr Nutzen bringt als Schaden. Aufgrund der Vermutung, Ägypten würde Parteien im Tigray-Konflikt unterstützen, lodert jedoch auch der Streit um den GERD wieder auf. Der Konflikt um das gewaltige Großprojekt entflammt aber regelmäßig aufs neue, denn er wird den Blauen Nil auf knapp zwei Kilometer Länge aufstauen – die Turbinen in den Staumauern sollen bis zu 6.000 Megawatt Strom liefern. Im März 2015 haben sich die Präsidenten Ägyptens, Äthiopiens und Sudans auf die "Khartum-Erklärung" zu den Prinzipien der Kooperation am Blauen Nil verständigt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Äthiopien befinden sich derzeit keine alliierten Militäreinheiten, von 2011 bis Januar 2016 befanden sich allerdings einige MQ-9 Reaper Drohnen der US-Armee auf äthiopischem Territorium, die im Rahmen der regionalen Kooperation gegen die somalische Terrormiliz al-Shabaab eingesetzt wurden. Anfang 2016 wurden diese Drohnen-Operationen jedoch eingestellt, auf Bitte der äthiopischen Regierung. Expert:innen zufolge könnte die plötzliche Schließung der Basis in Arba Minch ein Resultat politischer Uneinigkeit zwischen den USA und Äthiopien sein.

In Äthiopiens Nachbarschaft sind AU-, EU und UN-Truppen in Sudan (UNAMID/UNISFA), Südsudan (UNMISS) und Somalia (AMISOM bzw. seit 2022 ATMIS sowie UNSOM und EUTM Somalia sowie EUCAP Somalia) stationiert. Einen guten Überblick über aktuelle multilaterale Friedensmissionen gibt eine Karte von SIPRI (2024). Die Bundeswehr beteiligt sich bspw. an [UNMISS](#) im Südsudan und die Bundeswehr oder zivile deutsche Kräfte beteiligten sich bis 2020 an [UNAMID](#) (zivile Kräfte beteiligen sich derzeit weiterhin an der Nachfolgemission UNITAMS), von 2010 bis 2018 an der Ausbildungsmission [EUTM Somalia](#) und von 2012 bis 2015 an der Vorgängermission der [EUCAP Somalia](#) (EUCAP Nestor).

An [UNMISS](#) beteiligen sich derzeit unter anderem auch Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Großbritannien und die USA. An der UN Interim Security Force for Abyei ([UNISFA](#)) beteiligen sich derzeit keine alliierten Streitkräfte (aber rund 4.000 Streitkräfte, die aus Afrika, Asien und Südamerika entsandt wurden). Die African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur ([UNAMID](#)) wurde durch militärisches und polizeiliches Personal aus zahlreichen Staaten weltweit unterstützt – unter anderem auch durch den NATO-Partner Türkei, der zudem ein 200 Streitkräfte starkes Kontingent in Somalia unterhält. Großbritannien und die USA beteiligen sich zudem an [UNSO](#) – dem UN Support Office für die Unterstützung der AMISOM/ATMIS und UNSOM. Zudem sind zahlreiche Kräfte aus europäischen und NATO-Ländern im Rahmen der [EUTM Somalia](#) in der Region stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 12

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist dem aktuellsten Anti-Terrorismus-Abkommen, der Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007, bislang nicht beigetreten. Auch zwei Konventionen von 1987 und 1998 hat Äthiopien nicht unterzeichnet, während das Land allen weiteren relevanten Abkommen angehört. Äthiopien fürchtet aufgrund zahlreicher Aktivitäten terroristischer Islamist:innen in Somalia einen Übergriff des Terrors auf das eigene Land. Der Hass der Islamist:innen begründet sich auch durch die Beteiligung Äthiopiens an der Friedensmission in Somalia. Dort ist seit langem unter anderem die radikal-islamische Bewegung al-Schabaab aktiv. Nur einen Monat nach dem Anschlag auf das Westgate-Einkaufszentrum im Nachbarstaat Kenia im September 2013 konnte ein Bombenanschlag in Addis Abeba verhindert werden. Im Juni 2014 gab das äthiopische Staatsfernsehen die Festnahme eines von al-Schabaab angeworbenen Terroristen, der Anschläge im Lande geplant haben soll, bekannt. Doch schon im Juli und im November 2015 kam es zu weiteren Terroranschlägen: Die al-Schabaab Miliz bekannte sich zu zwei Attentaten auf ein Hotel in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, bei denen mehrere Menschen ums Leben kamen. Ähnliche Anschläge auf Hotels ereigneten sich erneut in den Jahren 2017, 2020, 2021 und zuletzt im August 2024. Bei dem jüngsten Anschlag kamen 32 Menschen ums Leben, mehr als 63 wurden verletzt.

Zudem ist die somalische Terrororganisation al-Ittihad al Islamiyya (AIAI) in der Region aktiv. Die Angst des Staates vor Terrorismus ging mit einer zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung im eigenen Land einher, die starke soziale Spannungen produzierte. Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinschaft, die etwa 34 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, gerieten immer wieder unter Generalverdacht, radikalen Strömungen anzugehören und Äthiopien in einen islamischen Staat verwandeln zu wollen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Kundgebungen der muslimischen Gemeinschaft, auf denen sie gegen die Einmischung der Regierung in religiöse Angelegenheiten protestierten. Mittlerweile hat sich diese Befürchtung jedoch normalisiert; derzeit besteht fast die Hälfte des Kabinetts aus muslimischen Personen. Äthiopische Muslime gelten generell auch als nicht sehr empfänglich für islamistischen Fundamentalismus. Stattdessen gilt als wahrscheinlicher, dass Regierungsparteien in der Vergangenheit Terrorismusnarrative ausnutzten, um kritische Äußerungen in digitalen und traditionellen Medien zu unterdrücken.

Internationale Kriminalität

Tabelle 13

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Äthiopien ist der internationalen Konvention zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität sowie den zugehörigen Zusatzprotokollen beigetreten. Dies ist besonders bedeutend vor dem Hintergrund, dass Äthiopien, wie der gesamte ostafrikanische Raum, erheblich von dem Problem der transnationalen organisierten Kriminalität betroffen ist, insbesondere in Hinblick auf Menschenhandel. Laut Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) sind von 2009 bis 2013 zwischen 25.000 und 30.000 Menschen aus Äthiopien von Schlepper:innen vom afrikanischen Kontinent über den Golf von Aden bzw. das Rote Meer beispielsweise in den Jemen befördert worden, um von dort aus unter anderem nach Saudi-Arabien und Israel, teilweise auch nach Europa, zu gelangen. Eine Vielzahl dieser gerät dabei allerdings regelmäßig in die Hände von Kriminellen, die sie gefangen halten und misshandeln (Schläge, Vergewaltigung) und von den Angehörigen der Opfer hohe Summen erpressen wollen. Seit den 1980er Jahren stellt zudem der Heroinschmuggel eine große Herausforderung für Ostafrika dar, das sowohl als Empfänger- als auch als Transitregion für Ladungen aus Zentralasien nach West- und Südafrika gilt. In den vergangenen Jahren scheint sich dieser Bereich der organisierten Kriminalität abermals ausgeweitet zu haben. Auch der Elfenbeinhandel sowie die Piraterie vor den Ufern Somalias stellt die Region vor Probleme.

Im Organised Crime Index (2023) belegt Äthiopien den 19. Platz unter 54 afrikanischen Ländern und den 66. von 193 Ländern weltweit. Mit einem Score von 5,68 liegt es zwischen Deutschland (5,33) und Frankreich (5,82). Es ist nichtsdestotrotz nach wie vor Herkunfts- und in geringerem Maße auch Ziel- und Transitland für Menschenhandel (zwecks sexueller Ausbeutung und Zwangsarbeit). Insbesondere mit großen Fluchtbewegungen im Zuge des Tigray-Konfliktes hat sich die Problematik enorm verschärft. Auch organisierte Schutzgelderpressung hat in städtischen Gebieten zugenommen. Das Land ist aufgrund seiner langen und porösen Grenzen zudem ein wichtiges Transitland für Waffen – im Zuge des Tigray-Konfliktes hat sich auch diese Problematik, insbesondere aber auch die Einfuhr von Waffen, verstärkt.

Tabelle 14

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Äthiopien übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten oder -exporten noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Ein „National Report on the implementation of the Programme of Action on small arms and light weapons (PoA) and the International Tracing Instrument (ITI)“ wurde jedoch bisher vier mal eingereicht – zuletzt im Jahr 2024. Diesem Report folgend befinden sich entsprechende Richtlinien derzeit in Bearbeitung, benötigen aber noch finanzielle Unterstützung. Da das Land dem Internationalen Waffenhandelsvertrag nicht beigetreten ist, unterliegt es hier keiner Berichtspflicht und reicht entsprechend auch keine Berichte ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Äthiopien verfügt über Gesetze, die die Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Das Land ist zudem Mitglied des „Nairobi Protocol for Prevention, Control in Reduction of Small Arms and Light Weapons in the Great Lakes Region and the Horn of Africa“ und hat dadurch zahlreiche Klein- und Leichtwaffen zerstört sowie eine Reihe von Personen festgenommen, die versucht haben, illegal Waffen auszuführen. Über die Anwendung der Gesetze in der Praxis ist nur wenig bekannt, die im März 2020 verabschiedete Firearms Proclamation fand jedoch bereits mehrfache Anwendung. Diese untersagt bspw. den Besitz von mehr als einer Waffe pro Person, die Herstellung und den Weiterverkauf und sieht entsprechende Gefängnisstrafen vor.

Unzureichende Markierungsstandards können den illegalen Export, besonders von Klein- und Leichtwaffen, nicht verhindern. Trotz der auf dem Papier existierenden guten Standards ist die illegale Verbreitung von Waffen in Äthiopien und den Grenzregionen ein großes Problem. Die Nachrichtenlage ist generell unzureichend, nur wenige Informationen dringen nach außen. Es ist allerdings anzunehmen, dass Waffen zwischen Sudan und Äthiopien sowie zwischen Äthiopien und Eritrea geschmuggelt werden. Zudem gab es in der Vergangenheit mehrere Fälle, in denen Klein- und Leichtwaffen (SALW) über die Grenze mit Sudan ins Land gebracht wurden.

2006 klagten 83 somalische Anwäl:innen im Exil Äthiopien an, paramilitärische Gruppen in Somalia illegal mit Waffen zu versorgen und dadurch ein zu dem Zeitpunkt 13-Jahre altes UN-Embargo zu verletzen. Das Parlament dementierte diesen Vorwurf, Äthiopien trat aber auch seit Jahren für eine Aufhebung des Embargos ein. Das gegen den somalischen Staat verhängte Embargo wurde zum Dezember 2023 nach 31 Jahren aufgehoben. Wenige Monate später – im Juli 2024 – fingen somalische Milizionäre eine Waffenlieferung ab, die unter anderem Maschinengewehre, Flugabwehrwaffen, Panzerfäuste und ähnliches umfassen sollen. Nach Angaben der Milizionäre kamen die Waffen aus Äthiopien. Auch wenn diese Lieferung aktuell gegen kein Embargo mehr verstößt, wird die Aufhebung des Embargos seitens der UN seither kontrovers diskutiert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 8

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

Vulnerable communities across the country have suffered from economic contraction and a sharp increase in the prices of essential commodities such as fuel, food and fertilizer. This has eroded the progress made over the past decade, with rapid inflation diminishing the purchasing power of Ethiopians. Concerns over the handling of the Tigray conflict led to delays in Ethiopia's debt restructuring and the finalization of loan agreements. The conflict has also disrupted the education of millions of students in affected areas. During this period, Ethiopia has made some moderate progress in opening up its economy to private businesses and competition. In October 2022, Safaricom Ethiopia was granted a nationwide full-service telecommunications license, becoming the first competitor to the state-owned Ethio-Telecom. Additionally, advancements were made in energy production and sustainability, with Ethiopia's Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) starting to generate electric power in February 2022.

Quelle: [BTI 2024 Ethiopia Country Report: BTI 2024 \(bti-project.org\)](#)

Tabelle 15

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

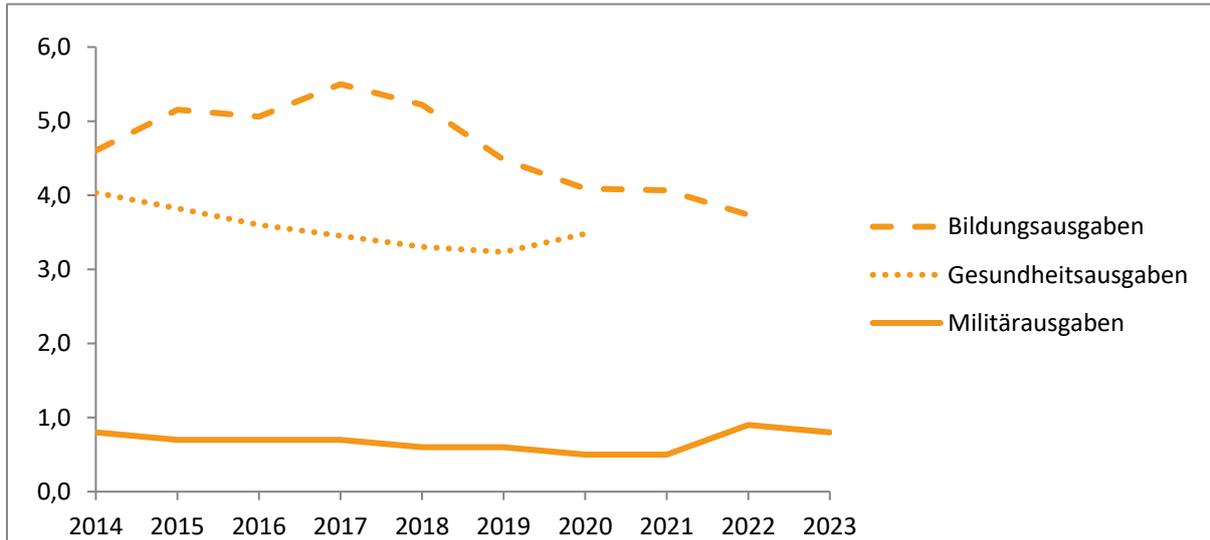
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	614	576	551	1031	999
Militärausgaben/BIP	0,6	0,5	0,5	0,9	0,8
Gesundheitsausgaben/BIP	3,2	3,5	-	-	-
Bildungsausgaben/BIP	4,5	4,1	4,1	3,7	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2018	2019	2020	2021	2022
Auslandsverschuldung (HIPC-Status)	27843	28377	30364	29984	28610
Anteil am BIP (in Prozent)	33	29,6	28,2	26,9	22,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	2215,57	2353,4	2475,27	2536,27	2691,92
Net ODA (% of GNI)*	2,46	2,27	2,19	2,26	-
Deutsche ODA Zahlungen*	176,07	147	447,78	163,11	252,52

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2022); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2022). HIPC – Heavily Indebted Poor Countries. Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 17

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	71	64,4	62,9	83,9	84,2
Index-Platzierung	118	124	125	99	99

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Dschibuti	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Eritrea	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Kenia	Militarisierungswert	65,1	64,6	61,3	59,5	57,1
	Index-Platzierung	122	123	128	127	133
Somalia	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-
Sudan	Militarisierungswert	120,1	107,5	107,9	107,2	89,7
	Index-Platzierung	56	72	71	69	90
Südsudan	Militarisierungswert	172,6	157,2	165,3	155,6	179,3
	Index-Platzierung	18	24	21	24	20

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.
<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2019	2020	2021	2022	2023
Djibouti	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Eritrea	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Kenia	Militärausgaben (absolut)	1163	1151	1183	1155	1091
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9
Somalia	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-

		2019	2020	2021	2022	2023
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-
Sudan	Militärausgaben (absolut)	1950	1132	668	-	-
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,0	0,9	-	-
Südsudan	Militärausgaben (absolut)	314	168	251	520	925
	Militärausgaben/BIP	3,3	2,3	2,6	4,2	6,3

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,479	0,485	0,489	0,489	0,492

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data#/countries/ETH>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Zusammenfassung:

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.130 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy). Äthiopien zählt außerdem zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries). Auf dem Global Competitiveness Index erreichte Äthiopien 2019 44,4 von 100 möglichen Punkten. Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 126 von 141). Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Die Gefahr, dass in Äthiopien unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist gegeben.

Kommentar

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Äthiopien gehört der Weltbank zufolge mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 1.130 US-Dollar zu den Ländern mit einem niedrigen Einkommen (low income economy). Ziel der Regierung ist es, bis 2025 den Status einer „lower-middle income economy“ zu erreichen. Ab 1.146 US-Dollar würde es auch als ein solches zählen – die Wachstumsraten der vergangenen Jahre weisen darauf hin, dass das Ziel durchaus realistisch ist. Äthiopien zählt dennoch zu den HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und die Auslandsverschuldung gemessen am BIP betrug 2022 22,6 Prozent. Aktuell schuldet Äthiopien dem IWF fast 450 Mio. US-Dollar. Auf dem Global Competitiveness Index erreichte Äthiopien 2019 44,4 von 100 möglichen Punkten. Damit gehört es zu den Letztplatzierten (Rang 126 von 141). Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Äthiopiens Wirtschaft erlebte von 2011 bis 2020 mit jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 9,4 Prozent einen starken Aufschwung. Verantwortlich für diesen Zuwachs waren vor allem der Bau- und der Dienstleistungssektor. Seit der COVID-Pandemie wächst das BIP nicht mehr derartig stark; Äthiopien wies 2022 jedoch immer noch ein Wachstum von 5,3 Prozent auf. Der Anteil von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP ist wieder gewachsen und beträgt aktuell 37,6 Prozent, was ein hoher Wert ist und sich auch darin zeigt, dass 2021 64 Prozent der erwerbstätigen Äthiopier:innen in der Landwirtschaft arbeiteten.

Soziale Entwicklung

Mit einem Wert von 0,492 rangiert Äthiopien auf Platz 176 von 193 Staaten auf dem Human Development Index (HDI) 2022. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Ländern mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“, wie auch seine Nachbarländer Dschibuti, Eritrea, Sudan und Südsudan. Lediglich Kenia weist dem HDI zufolge eine „mittlere menschliche Entwicklung“ auf. Zum Vergleich: Deutschland liegt 2021 auf dem neunten Platz. Dem Gender Development Index zufolge gehört das Land mit einem Wert von 0,922 im Jahr 2022 zu der Gruppe der Länder mit „mittlerer bis niedriger“ Gleichheit in den Errungenschaften auf dem HDI zwischen den Geschlechtern. Äthiopien gehört seit 1971 zu der von den UN geführten Liste der „Least Developed Countries“ (LDC). Das Verhältnis von Öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) am Bruttonationaleinkommen (BNE) betrug der Weltbank zufolge 2021 3,6 Prozent bzw. der OECD zufolge 2,26 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit in Äthiopien lag 2023 bei 3,5 Prozent – ein niedriger Anteil. Im selben Jahr lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 5,6 Prozent. Äthiopien gehört zu den ärmsten Ländern weltweit; die letzten verfügbaren Daten der Weltbank beziehen sich auf das Jahr 2015, als 27 Prozent der Äthiopier:innen mit maximal 2,15 US-Dollar am Tag in extremer Armut lebten. Zwar hat sich der Armutsanteil in den letzten Jahrzehnten verringert, gegenwärtige 27 Prozent sind jedoch ein hoher Anteil. Dem [Sustainable Development Report](#) zufolge bestehen damit hinsichtlich der Erzielung von Sustainable Development Goal (SDG) 1 („no poverty“) erhebliche Herausforderungen. Zwar sind moderate Verbesserungen zu verzeichnen, diese sind jedoch nicht ausreichend, um SDG 1 zu erreichen. Ähnlich steht es um SDG 3 („good health and well-being“), wo Äthiopien bspw. schlecht auf den Indikatoren der Mütter- und Säuglingssterblichkeit abschneidet. Noch schlechter sieht es hinsichtlich SDG 2 („zero hunger“) und SDG 6 („clean water and sanitation“) aus: Auch hier sieht sich Äthiopien mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert; der jeweilige Score für beide Ziele stagniert allerdings zusätzlich. Ein rasantes Bevölkerungswachstum (2,5 Prozent im Jahr 2023), wiederkehrende Dürreperioden, die zunehmende Bodenerosion sowie ein ausgeprägter Ressourcenmangel stellen ständige Belastungsfaktoren für die äthiopische Wirtschaft und Gesellschaft dar. Auf dem Gini-Index, der die Ungleichheit in einem Land misst, erzielte Äthiopien 2015 einen Gini-Koeffizienten von 35 – der Wert ist damit seit 2004 (29,8) kontinuierlich gestiegen. Zwar ist der Wert aktuell noch nicht äußerst bedenklich, er deutet jedoch an, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Äthiopien weiter wächst, was auch dem [Sustainable Development Report](#) entspricht, der im Bereich der Reduzierung von Ungleichheiten (SDG 10) signifikante Herausforderungen für Äthiopien sieht.

Die Bildungsausgaben lagen in Äthiopien in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,6 Prozent am BIP. Dabei erreichten sie im letzten Jahrzehnt ihren Höhepunkt 2017 mit 5,5 Prozent am BIP. Seither sind sie konstant gesunken und betrugen im Jahr 2022 nur noch 3,7 Prozent am BIP. Dies ist insofern besonders kritisch, da Äthiopien hinsichtlich der Erreichung von SDG 4 („quality education“) erhebliche Defizite aufweist, entlang aller entsprechender

Indikatoren. Der Score für die Einschulungsrate im Primarbereich verschlechtert sich gegenwärtig sogar. Parallel dazu ist auch ein Abwärtstrend beim Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP zu erkennen in Äthiopien. Diese betragen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 3,6 Prozent am BIP. Lagen sie 2013 noch bei 4,1 Prozent, waren es 2020 nur noch 3,5 Prozent am BIP. Für sein Militär gab Äthiopien in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 0,7 Prozent am BIP aus, was verhältnismäßig wenig ist. Mit 0,8 Prozent am BIP lagen sie 2022 jedoch etwas höher. Auf dem Globalen Militarisierungsindex (GMI), welcher misst, welche Ressourcen ein Staat seinem Militärapparat im Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Bereichen zuweist, belegt Äthiopien 2023 Platz 99 von 149 Staaten, was einer schwachen Militarisierung entspricht.

Auf Basis von Kriterium acht des Gemeinsamen Standpunktes, also der Gefahr der Beeinträchtigung der Entwicklung durch unverhältnismäßige militärische Kapazitäten, sind Rüstungsexporte nach Äthiopien als „kritisch“ einzuschätzen. Hier weicht die Einschätzung des Länderberichts von der Bewertung in der Datenbank des bicc ab: Äthiopien ist hoch verschuldet und gehört zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Das Land gehört sowohl zur Gruppe der LDC als auch zu den Heavily Indebted Poor Countries. Die Gefahr, dass in Äthiopien unverhältnismäßige militärische Ausgaben die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes negativ beeinflussen, ist daher gegeben.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Februar 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft